

Grosser Rat Aargau

Postulat von Thomas Burgherr, SVP, Wiliberg, vom 16.09.2014 betreffend langfristige Auswirkungen der Asylzentren auf Gemeindeebene

Text:

Es ist dringend zu prüfen, wie im Asylbereich die direkten und indirekten Kosten auf Gemeindeebene auf ein vertretbares Mass gesenkt werden können.

Begründung:

Die monatlichen Asylgesuche sind zwischen April und Juni 2014 dieses Jahres um 50% hochgeschneit.

Die Vergleichszahlen zu unseren Nachbarländern machen deutlich, dass die Schweiz vom Zustrom Asylsuchender weit überdurchschnittlich betroffen ist.

Unser Land gehört im europäischen Vergleich zu den Ländern mit den meisten Asylgesuchen bezogen auf die Einwohnerzahl. Unsere Nachbarstaaten tragen alle deutlich tiefere Lasten.

Das Bild einer unsolidarischen Schweiz, das in den vergangenen Tagen von einigen Politikern und Medien gemalt wurde, zielt völlig an der Realität vorbei. Aktuell ist das Gegenteil der Fall.

Wir haben unsere humanitäre Tradition immer konsequent vollzogen.

Mit der heutigen Asylpolitik wird dies aber immer schwieriger bis unmöglich.

Voraussetzung wäre, dass der Bundesrat mit einem konsequenten Gesetzes-Vollzug die „Spreu vom Weizen“ trennt, damit jener sehr grosse Teil der Asylbewerber, die gar keine Flüchtlinge sind, die sich z.T. in unserem Land kriminell betätigen und Milliardenkosten verursachen, gar keinen Anreiz mehr haben in die Schweiz zu kommen oder diese unverzüglich wieder verlassen müssen.

Der Bund und die Kantone betreiben leider zu einem grossen Teil eine reine „Pflasterlipolitik“. Anstatt das Übel an der Wurzel anzupacken, werden einfach täglich neue kostspielige Unterbringungsplätze geschaffen.

Das unter der Leitung von Bundesrätin Sommaruga aus dem Ruder laufende Asylwesen muss nun wieder in akzeptable Bahnen gelenkt werden.

Leider fehlt der Druck vieler Kantone gegenüber Bern, dass diesem Trauerspiel endlich ein Ende gesetzt wird.

Die ganze Asyltragödie wird im Besonderen auch in unserem Kanton zu wenig lösungsorientiert angegangen. Sie wird ganz einfach nur verwaltet.

Durch die verheerende und ausufernde Asylpolitik treiben Bund und Kanton viele Gemeinden in den Ruin.

Als Beispiel sei hier die Gemeinde Aarburg aufgeführt.

Gerade in dieser Kommune wird auf tragische Weise ersichtlich, dass die langfristigen Auswirkungen katastrophal für die Gemeinde sind (siehe auch Beilagen).

Mit der Bürde, welche Aarburg auferlegt wird, wird sie vom Kanton zugrunde gerichtet.

Dort befinden sich 3 Asylzentren, bei einer Vollbelegung können über 130 Asylbewerber aufgenommen werden. Da der Kanton seine Asylzentren in sanierte Wohnungen einrichtet, gehen der Gemeinde Steuereinnahmen verloren, gleichzeitig nehmen die einquartierten Asylbewerber die Gemeindeinfrastrukturen in Anspruch. Das erste Problem zeigte sich bereits im neuen Schuljahr, als der Kanton ein Kind ohne Voranmeldung in die Schule schickte, die Klasse war bereits voll belegt.

Richtig teuer wird es für die Gemeinde, wenn die Asylbewerber aufgenommen werden und die B-Bewilligung erhalten. Heute ist keiner in der Lage zu beziffern wie teuer der Schweiz das Asylwesen wirklich kommt. Mit positivem Asylentscheid bleiben diese Personen noch Jahre in der Sozialhilfe und entfallen aus jeder Asylstatistik. Der Kanton übernimmt die Kosten dabei lediglich die ersten 5 Jahre ab Einreisedatum in die Schweiz. Bis die Asylbewerber ihren positiven Entscheid erhalten, sind meistens schon einige Jahre vergangen, so dass die Gemeinde relativ schnell die Sozialhilfe selber berappen muss. Gleichzeitig schickt der Kanton wieder neue Asylbewerber in die frei gewordenen Asylplätze – ein Teufelskreis!

Doch damit nicht genug, sind die ehemaligen Asylbewerber 5 Jahre in der Schweiz erhalten diese trotz Sozialhilfebezug die C-Bewilligung. Mit dieser können sie für immer in der Schweiz bleiben, auch wenn sie nie wirtschaftlich unabhängig sind, ein Entzug der Bewilligung ist faktisch nicht mehr möglich. Später beziehen diese Personen AHV, Ergänzungsleistungen und nehmen das Gesundheitswesen in Anspruch, obwohl sie nie in das System einbezahlt haben.

Für Aargau bedeutet dies, dass neben den 3 Asylzentren bereits 130 Afrikaner wohnhaft sind, wovon 60% die B und 40% die C Bewilligung haben und somit nicht mehr in der Asylstatistik erfasst werden. Von diesen 130 ehemaligen Asylbewerbern befinden sich 92% in der Sozialhilfe. Für die Hälfte der 92% bezahlt heute bereits die Gemeinde die Sozialhilfe, die restlichen 50% werden bis 2018 folgen.

Anders ausgedrückt, werden der Gemeinde zusätzlich CHF 1.2 Mio. Sozialhilfekosten pro Jahr durch den Kanton aufs Auge gedrückt.

Wird der Familiennachzug, die Geburtenrate und der erwähnte Mechanismus der Asylzentren mitberücksichtigt, wird die Zunahme der Sozialhilfekosten noch um einiges höher ausfallen.

Der Regierungsrat ist aufgefordert rasche und wirksame Lösungen aufzuzeigen, wie die Gemeinden (im besonderen Aargau) diesbezüglich deutlich entlastet werden können.

Zudem soll die Regierung endlich deutlichen Druck gegenüber Bern ausüben, indem sie sich zum Beispiel konsequent weigert Asylbewerber aus offensichtlich sicheren Ländern aufzunehmen. (Tunesien, Serbien, Kosovo, Bosnien und möglicherweise auch Eritrea.). Diese Wirtschaftsflüchtlinge sind nicht auf die Kantone zu verteilen sondern umgehend auszuweisen.

Weiter soll sich der Kanton Aargau dafür einsetzen, dass die Attraktivität der Schweiz als Zielland für Asylsuchende gesenkt wird und abgewiesene Asylbewerber konsequent zurückgeschafft werden.

So können wir in unserem Land und Kanton endlich Platz machen für echte Flüchtlinge!